

Autofreier Ku'damm, Seniorenheim-Schließung und marode Radwege - unsere Themenvorschau auf die BVV. Der Kurfürstendamm soll als Tempo-30-Zone ausgewiesen und teilweise autofrei werden. Das verlangt die SPD-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf in einem [Antrag](#) für die [Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung](#) am 30. Oktober. Bereits im September hatten die Grünen einen „autofreien Kurfürstendamm“ gefordert. In einem befristeten Pilotversuch solle „eine längere Strecke“ für den Verkehr gesperrt werden, hieß es. Vor Beschlüssen dazu sollen die Anträge erst einmal in den Ausschüssen beraten werden.

Die Bezirkspolitiker reagieren auf den jüngsten schweren Unfall, bei dem ein Auto-Raser vor rund sieben Wochen eine Frau lebensgefährlich und ihre Tochter schwer verletzt hatte. Mehr zum Thema können Sie [auf tagesspiegel.de lesen](http://tagesspiegel.de).

Auch die Schließung des Seniorenheims Lentzeallee gehört zu den Themen der BVV. Die SPD-Fraktion [weist darauf hin](#), dass damit auch eine Obdachlosenunterkunft des Arbeiter-Samariter-Bunds in der Schweinfurthstraße verloren gehe. In Gesprächen mit der Wohnungsgesellschaft Gewobag, die der Vermieter beider Häuser ist, soll sich das Bezirksamt für die Erhaltung der Notunterkunft als „Einrichtung für obdachlose Menschen bzw. Geflüchtete“ einsetzen. Fragen zu den Folgen der Seniorenheimschließung hat die AfD-Fraktion gestellt. Die schriftliche Antwort von Sozialstadtrat **Detlef Wagner** (CDU) [können Sie bereits hier lesen](#).

Für das „Kulturquartier“ am Fasanenplatz und an der Schaperstraße fordert die SPD einen Bebauungsplan, das es „als Gemeinbedarfsfläche mit hohem Grünanteil, Kultur, Gemeinschaftsanlagen und mit allen dazu notwendigen Nebenanlagen ausweist“ und „jede Wohnbebauung ausschließt“. In der Vergangenheit waren mehrere Bauprojekte am Widerstand von Anwohnern und Bezirkspolitikern gescheitert.

Eine „Weiterentwicklung“ der Kantstraße [fordern](#) die Grünen, ohne allerdings bestimmte Maßnahmen anzuregen. Das Bezirksamt soll gemeinsam mit der Senatsverkehrsverwaltung prüfen, wie die „Qualitätskriterien des Mobilitätsgesetzes für geschützte Radwege“ erfüllt werden können. Auch der Bus- und Lieferverkehr soll in einem Konzept berücksichtigt werden. [Wie berichtet](#), hatte die FDP-Fraktion zuvor eigene Ideen für die Kantstraße vorgestellt, aber keine Mehrheit dafür gefunden. Deshalb will sie ihre Vorschläge nun auch ins Berliner Abgeordnetenhaus einbringen.

Die FDP verlangt auch eine Instandsetzung des Radwegs in der Havelchaussee – und spricht sich im selben [Antrag](#) gegen deren [viel diskutierte](#) Umwandlung in eine Fahrradstraße aus. An der Havel gebe es „viele beliebte Freizeit-Ziele“, die auch mit dem Auto erreichbar bleiben müssten. Eine Sperrung würde „viele Nutzerinnen und Nutzer behindern, ohne für den allgemeinen Fahrradverkehr einen Vorteil zu bieten“. Nach Einschätzung der Fraktion wird die Fahrbahn der Havelchaussee „vor allem als Trainingsstrecke für Rennradfahrer genutzt“ und „weniger von durchschnittlichen Berliner Radfahrern“. Für diese gebe es einen Radweg, der „allerdings dringend repariert werden muss“.

Die Weihnachtsbeleuchtung des Kurfürstendamms müsse „dauerhaft finanziert“ werden, fordert die CDU-Fraktion. Nach Ansicht der rot-grün-roten Mehrheit in der BVV ist dieser [Antrag](#) „durch Verwaltungshandeln erledigt“, nachdem sich Bezirksbürgermeister **Reinhard Naumann** (SPD) mehrmals für den Lichterglanz eingesetzt hat und die Senatswirtschaftsverwaltung für die kommende Adventszeit einen Zuschuss von 295.000 Euro [ankündigte](#). Wie es in den kommenden Jahren weitergeht, ist damit aber noch nicht geklärt. Die AG City strebt die Gründung eines speziellen „Business Improvement Districts“ (BID) an, in dem sich vor allem Immobilieneigentümer zu finanziellen Beiträgen verpflichten sollen.